

„Kurswechsel in der deutschen Türkei-Politik“



Sevim Dagdelen,
Mitglied im Deutschen Bundestag

Wegen des Ausnahmezustands nach dem gescheiterten Putschversuch gegen die AKP-Regierung im Juli 2016 in der Türkei sitzen etwa 27000 Menschen in Haft. Sevim Dagdelen ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages für die Partei Die Linke und Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe des Bundestages und referiert am Dienstag, 11. Februar, um 18.30 Uhr in der Friedensschule über „Verfolgte in der Türkei – Wo bleiben die Menschenrechte?“ Sie erklärt WA-Mitarbeiterin Ines Engelmann die heutige Situation in der Türkei und die Verbindung zu Deutschland.

Wie schätzen Sie die Situation in der Türkei ein?

Die Türkei unter Präsident Erdogan verfolgt eine aggressive Expansionspolitik. In der syrischen Provinz Idlib interveniert der Despot unter anderem offen auf Seiten des Al-Qaida-Ablegers Hayat Tahrir al-Scham. Infolge der türkischen Militäroffensiven an der Seite islamistischer Mörderbanden wurden im Norden Syriens seit 2016 Hunderttausende Kurden, Jesiden und Christen vertrieben und völkerrechtswidrig syrische Territorien besetzt. Diese außenpolitische Aggression geht mit einer repressiven Innenpolitik einher.

Welche Folgen hat dies für die Menschenrechte?

Die Menschen- und Freiheitsrechte sind praktisch in der Türkei suspendiert, die Presse ist weitgehend gleichgeschaltet. Das Auswärtige Amt warnt Reisende in die Türkei vor willkürlichen Verhaftungen und Ausreisesperren. Es reichen schon regierungskritische Äußerungen in sozialen Medien, selbst wenn das Jahre zurückliegt. Aktuell sind 59 deutsche Staatsangehörige in der Türkei inhaftiert, gegen 74 Deutsche liegen Ausreisesperren vor.

Inwiefern ist Deutschland davon betroffen?

Der lange Arm Erdogans reicht über sein Netzwerk aus Spitzelimamen, der von Ankara gesteuerten Moscheevereinerung DITIB, der AKP-Lobbyorganisation UID, dem Geheimdienst MIT und Rockerbanden längst bis nach Deutschland. Jetzt sollen seine Stiftungen in Deutschland auch noch Schulen eröffnen. Das ist Gift für die Integration. Erdogan polarisiert und spaltet unsere Gesellschaft. Der Kuschelkurs von Bundeskanzlerin Merkel in Istanbul ist nicht nur fehl am Platz, er ist geradezu gefährlich. Erdogan versteht das als grünes Licht für seine Politik der Aggression und Repression. Notwendig ist ein grundsätzlicher Kurswechsel in der deutschen Türkei-Politik.